



JAHRESBERICHT 2010

PEACE BRIGADES INTERNATIONAL - DEUTSCHER ZWEIG E.V.

**LIEBE LESERINNEN UND LESER,
LIEBE FREUNDINNEN UND FREUNDE VON PBI,**

in Deutschland ist es selbstverständlich, sich auf Rechte zu berufen und diese einzufordern. In weiten Teilen der Welt ist dies jedoch ein gefährliches Unterfangen. pbi begleitet 2010 in fünf Ländern mehr als 350 Männer und Frauen, die sich ungeachtet aller Risiken für die Verteidigung der Menschenrechte einsetzen. Ihr Engagement und ihr Mut haben dazu beigetragen, Menschenrechtsverletzungen zu begegnen und der Gerechtigkeit ein Stück näher zu kommen. Wir möchten Ihnen einen kurzen Überblick über die Situation dieser MenschenrechtsverteidigerInnen in Guatemala, Kolumbien, Indonesien, Mexiko und Nepal geben, die pbi im vergangenen Jahr auf ihrem Weg unterstützte.

2011 begeht pbi sein 30-jähriges Jubiläum. Der Schutz für MenschenrechtsverteidigerInnen wird weiter erforderlich sein, wenn auch ihre wichtige Rolle im Prozess für einen nachhaltigen Frieden international an Bedeutung gewinnt. Die Arbeit von pbi wäre ohne die Unterstützung vieler Freiwilliger und SpenderInnen nicht möglich. Wir möchten Ihnen danken und würden uns freuen, wenn Sie auch zukünftig der Menschenrechtsarbeit Ihre Aufmerksamkeit schenken.

DIE PROJEKTE VON PBI

GUATEMALA

Die Menschenrechtslage hat sich in Guatemala in 2010 nicht verbessert. Staatliche Institutionen und das Justizwesen erfuhren eine weitere Schwächung und sind von Korruption geprägt. Der Leiter der UN-Kommission gegen die Straflosigkeit in Guatemala, Carlos Castresana, ist im Juni 2010 aus Protest gegen die ausbleibende Unterstützung der Regierung von seinem Amt zurückgetreten. Er erzielte wichtige Erfolge im Kampf gegen die Straflosigkeit und Korruption. Anwälte, Richter und Polizisten wurden ihrer Ämter enthoben und juristisch belangt. Im Juni besuchte der UNO-Sonderbeauftragte für die Rechte indigener Völker, James Anaya, Guatemala. Er kritisierte insbesondere die fehlende Konsultation und Beteiligung der indigenen Gemeinden vor dem Abbau von Bodenschätzen auf ihrem Land, das ihnen als Lebensgrundlage dient. Laut Anaya fehlt Guatemala ein legislativer und institutioneller Rahmen, der die Rechte der indigenen Bevölkerung garantiert. Die Arbeit des pbi-Guatemalaprojekts konzentrierte sich auf die Begleitung von Menschenrechtsorganisationen in ländlichen Gebieten, die im Zusammenhang mit geplanten oder bestehenden Großprojekten wie z.B. Bergbauaktivitäten oder Energiegewinnung für den Erhalt ihrer natürlichen Ressourcen streiten. Das Guatemalaprojekt erhielt nach dem Putsch in Honduras Anfragen auf Begleitung von Menschenrechtsorganisationen. 2011 ist eine Delegation nach Honduras geplant, um eine regionale Präsenz zu erwägen.

MEXIKO

Der Drogenkrieg in Mexiko hat im vergangenen Jahr mit mehr als 15.000 Toten einen blutigen Höhepunkt erreicht. Die zunehmende Militarisierung des Landes durch den mexikanischen Staat trifft dabei vor allem die Zivilbevölkerung und soziale Bewegungen. Internationale Menschenrechtsstandards finden kaum Berücksichtigung. Der Interamerikanische Gerichtshof für Menschenrechte verurteilte im August 2010 den mexikanischen Staat im Fall der von pbi begleiteten indigenen Frauen Inés Fernández Ortega und Valentina Rosendo Cantú von der Organisation OPIM dazu, seine Militärgerichtsbarkeit zu reformieren und Fälle von Menschenrechtsverletzungen durch Militärangehörige an Zivilisten vor zivilen Gerichten zu verhandeln. Die Situation der von pbi begleiteten MenschenrechtsverteidigerInnen in den Bundesstaaten Guerrero und Oaxaca war auch in 2010 durch massive Bedrohungen gekennzeichnet. Mit Hilfe von internationalem Druck wurden 2010 die politischen Gefangenen Juan Manuel Martínez Moreno in Oaxaca und Raúl Hernández in Guerrero, der seit 2008 unschuldig im Gefängnis saß, freigelassen. Nach ihrer Freilassung sahen sie sich jedoch verschärften Sicherheitsrisiken ausgesetzt. Das pbi-Mexikoprojekt begann 2010 die Begleitung des katholischen Priesters Alejandro Solalinde Guerra und seines Teams, die sich für eine bessere Situation von Migranten einsetzen.

INDONESIEN

2010 erlebte die Provinz Papua, die den Schwerpunkt der Arbeit von pbi in Indonesien bildete, eine der größten zivilgesellschaftlichen Mobilisierungen der vergangenen Jahre. Die indigenen Papua erhoben ihre Stimme, um die Rechte der Papua und bessere Lebensbedingungen einzufordern. Der Papua-Volksrat MRP hat im Juni 2010 das bestehende Autonomiestatut für gescheitert erklärt und sich für ein Referendum ausgesprochen. Zwar kündigte Präsident Yudhoyono eine Überprüfung der Sonderautonomie für 2011 an, ein Referendum gilt jedoch als unwahrscheinlich. MenschenrechtsverteidigerInnen, UmweltaktivistInnen und JournalistInnen sind oft das Ziel von Einschüchterungs- und Stigmatisierungskampagnen. Der Mord an dem Journalisten Ardiansyah Matra'is z.B. oder Foltervideos von indigenen Papua durch Sicherheitskräfte gaben Zeugnis von der angespannten Situation. Der Zugang zu der Provinz wurde 2010 erheblich eingeschränkt und behinderte massiv die Arbeit von pbi und anderen internationalen Organisationen. Vor diesem Hintergrund sah sich das pbi-Indonesienprojekt veranlasst, die Präsenz in Indonesien einer Prüfung zu unterziehen mit dem Ergebnis, dass das Projekt seine Aktivitäten in seiner derzeitigen Form Anfang 2011 einstellen musste. Im Rahmen eines Runden Tisches mit den begleiteten Organisationen wurde ausgewertet, wie sich pbi weiter für den Schutz der MenschenrechtsverteidigerInnen in Papua einsetzen kann. Es ist langfristig das Ziel, als internationale Organisation die Menschenrechtsarbeit in Indonesien fortzuführen und eine internationale Präsenz unter anderen Vorzeichen wieder aufzubauen.

KOLUMBIEN

Die Menschenrechtssituation in Kolumbien blieb 2010 sehr kritisch. Juan Manuel Santos konnte die Präsidentschaftswahlen im Mai 2010 für sich entscheiden und kündigte an, die Politik der „demokratischen Sicherheit“ seines Vorgängers Álvaro Uribe fortzusetzen. Auch wenn sich der neue Präsident gegenüber den Menschenrechtsorganisationen versöhnlicher zeigte, sind MenschenrechtsverteidigerInnen weiter großen Gefahren ausgesetzt. Seit dem Amtsantritt von Santos wurden 29 AktivistInnen umgebracht. Auch die von pbi begleiteten MenschenrechtsverteidigerInnen litten unter Bedrohungen, Überfällen und Kriminalisierung ihrer Arbeit. Insbesondere betroffen waren Organisationen in der Region Sucre, Urabá und Magdalena Medio, die sich für intern Vertriebene und die Rückgabe ihres unrechtmäßig enteigneten Landes einsetzen. Das pbi-Kolumbienprojekt hat vor diesem Hintergrund seine Begleitungen und die politische Arbeit in Washington und Brüssel intensiviert und sah sich veranlasst, in vier Fällen auch das internationale Alarmnetz zu aktivieren.

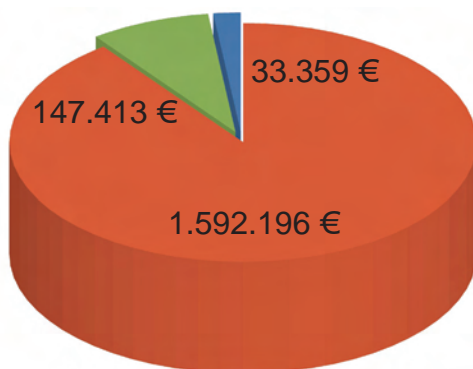
NEPAL

Die politische Blockade hielt 2010 in Nepal an. Unter dem Druck der maoistischen Opposition in Nepal trat der Regierungschef Madhav Kumar Nepal im Juni zurück. Erst einen Monat zuvor hatten sich die drei wichtigsten Parteien des Landes auf die Bildung einer Regierung der nationalen Einheit verständigt. Dabei wurde eine Verlängerung des Mandats des Parlaments um ein Jahr beschlossen, um die Vollendung einer neuen Verfassung zu ermöglichen. Bis zum Jahresende konnten sich die Parteien nicht auf einen Nachfolger für das Amt des Regierungschefs einigen. Weiterhin ist die Situation im Land von politischer Instabilität, mangelnder Sicherheit, anhaltender Straflosigkeit und ethnischen Konflikten gekennzeichnet. Mehr als 100 bewaffnete Gruppen begehen Morde, Erpressungen und

Entführungen. MenschenrechtsverteidigerInnen sind weiterhin mit Bedrohungen, Einschüchterungen und direkten Übergriffen konfrontiert, wenn sie versuchen, Verantwortliche von Menschenrechtsverletzungen vor Gericht zu bringen. Hervorzuheben sind dabei die zusätzlichen Diskriminierungen und Sicherheitsrisiken, denen sich speziell Frauenorganisationen ausgesetzt sehen. Das pbi-Nepalprojekt hat aus diesem Grund seinen Schwerpunkt auf die Begleitung von Opferverbänden in ländlichen Regionen und von Menschenrechtsverteidigerinnen gelegt, die nur wenig internationale Aufmerksamkeit erfahren. 2010 hat das Projekt erkundet, wie internationale Präsenz in entlegenen Regionen effektiv wirken kann.

FINANZBERICHT 2010

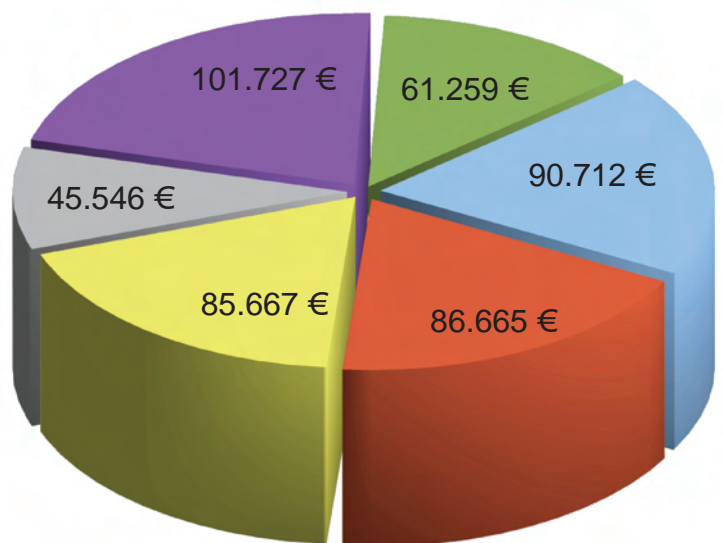
Einnahmen pbi Deutschland



Gesamt 1.772.970 €

- Zuschüsse von öffentlichen und privaten Institutionen
- Spenden
- Sonstige Einnahmen

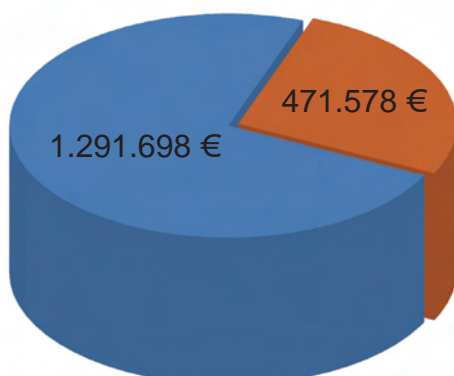
Ausgaben pbi Deutschland



Gesamt 471.578 €

- Verwaltung / Geschäftsstelle
- Koordination
- Projektbegleitung (internationale Projekte, z.B. Advocacy)
- Öffentlichkeitsarbeit
- Bildungsarbeit
- Freiwilligenbegleitung / RückkehrerInnenarbeit

Verteilung der Ausgaben



- Auslandsprojekte
- pbi-Deutschland

AKTIVITÄTEN IN DEUTSCHLAND

pbi-Deutschland konnte dank des Engagements einer Vielzahl von ehrenamtlich Aktiven seine Unterstützung für die Menschenrechts- und Friedensarbeit in den Projektländern erfolgreich fortsetzen. Ob bei Vorträgen, Infoständen, Informationsseminaren, Filmvorführungen, Gesprächen mit PolitikerInnen oder bei der Netzwerkarbeit. Zudem vermittelten Partnerbesuche aus den Projektländern ein eindrucksvolles Bild ihrer Arbeit: Lorena Cabnal von der Frauenorganisation AMISMAXAJ aus Guatemala, Irene Ramírez von der Bauernorganisation ACVC aus Kolumbien, Celsa Valdovinos von der Frauenorganisation OMESP aus Mexiko, der Journalist Viktor Mambor von FOKER aus Indonesien, der Anwalt

Kashiram Dhungana aus Nepal und die Mitarbeitenden des Menschenrechtszentrums Tlachinollan aus Mexiko beeindruckten in Gesprächen und bei Vorträgen mit ihrem mutigen, unermüdbaren Einsatz für die Menschenrechte. Ein weiterer Schwerpunkt in der Inlandsarbeit lag auf dem pbi-Bildungsprogramm „Menschenrechte lernen und leben“. pbi-Deutschland erreichte mit dem Programm Kinder und Jugendliche in Schulen und versuchte, sie für das Thema Menschenrechte auf vielfältige Weise zu begeistern und zu sensibilisieren. Neben der Vernetzung mit anderen Bildungsträgern konnte 2010 insbesondere die Mitwirkung in der Lehrerfortbildung ausgebaut werden.

GELDGEBER UND FÖRDERER DES JAHRES 2010

- Norddeutsche Stiftung für Umwelt und Entwicklung



- Evangelischer Entwicklungsdienst



- Katholischer Fonds



- Kirchlicher Entwicklungsdienst der Nordelbischen Kirche



- Förderprogramm Entwicklungspolitische Bildung des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung



- weltwärts



- Landeszentrale für politische Bildung Hamburg



- Ziviler Friedensdienst



- Institut für Auslandsbeziehungen e.V./ zivik



- Auswärtiges Amt



- Misereor



- Diakonisches Werk der EKD



- Kinder- und Jugendplan des Bundes. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend



Wir bedanken uns bei allen Geldgebern und Förderer, Spenderinnen und Spendern, ohne deren Unterstützung die Arbeit von pbi-Deutscher Zweig e.V. nicht möglich gewesen wäre. Ebenfalls bedanken möchten wir uns bei all den Menschen, die durch ihr ehrenamtlichen Engagement und ihren Enthusiasmus pbi erst so lebendig und erfolgreich gemacht haben.